

Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmerseelsorger der Diözese Hildesheim

Erklärung der Arbeitnehmerseelsorge zur Sozialpolitik
anlässlich der Klausurtagung vom 24. bis 26. November 2003 im St. Jakobushaus Goslar

Die sozialen und Arbeitsmarktprobleme belasten immer deutlicher die Menschen. Mit hoher Sorge erfahren wir in unserer täglichen Arbeit wie Angst und Beunruhigung bei den Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wächst. Wir erleben in unseren seelsorgerlichen Gesprächen auch Wut und nicht selten Politikerverdrossenheit. Die Zukunftsängste nehmen zu. Dabei ist es – unserer Erfahrung nach - nicht nur die Sorge um die eigene Zukunft, die beunruhigt, sondern auch und oft vor allem die Sorge um die Zukunft der Kinder und Enkel. Die Menschen haben das Gefühl, es sei keine klare Zukunftsplanung mehr möglich. Täglich erfahren wir, dass diese oft diffusen Zukunftsängste inzwischen auch das alltägliche Klima der Menschen untereinander und vor allem auch in den Familien bestimmen. Diese Ängste lähmen und führen nicht selten zu Resignation.

In dieser Situation ist die Erwartungshaltung an die Kirchen und kirchlichen Einrichtungen hoch. Es besteht ein hoher seelsorgerlicher Beratungsbedarf. Die Menschen erwarten von uns Zuspruch, Zuwendung, Verständnis und Solidarität, vor allem aber das Ernst nehmen ihrer Sorgen und Ängste.

Wir rufen deshalb die Verbände und Gemeinden auf, in äußerster Wachheit das politische Geschehen zu verfolgen. Die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Vorschläge der Regierungsparteien und der Opposition sind dahingehend zu überprüfen, wie weit sie mit den sozial-ethischen Leitlinien der Kirchen vereinbar sind. Vor allem aber ist zu fragen, welche Folgen sich bei der Umsetzung für die Armen und sozial Benachteiligten ergeben. Zurecht erwarten die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen hier eine klare soziale Position der Kirche.

Wir fordern von den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, dass die – von uns als notwendig erachtete Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, der Ausgaben für die Sozialsysteme und des Arbeitsmarktes nicht auf den Rücken der Schwachen und jetzt schon Ausgegrenzten erfolgt. Des weiteren bitten wir, dass die einzelnen Gruppen der Sozialhilfeempfänger differenziert betrachtet werden; von pauschalen Kürzungen ist Abstand zu nehmen; viele Sozialhilfeempfänger können keine weiteren Abstriche mehr hinnehmen. Auch der sogenannte zweite Arbeitsmarkt braucht eine sehr differenzierte Betrachtung. Wir sind der Auffassung, dass ein zweiter Arbeitsmarkt nach wie vor notwendig ist; er muss noch durchlässiger hin zum ersten Arbeitsmarkt gestaltet werden.

Wir Arbeitnehmerseelsorger sehen uns selbst in die Pflicht genommen. Wir werden auch weiterhin unseren Dienst auf das gemeinsame Wort der Kirchen ‚Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit‘ stützen und unsere Stimme für die Benachteiligten in der Gesellschaft erheben

Goslar, 26. November 2003

